

Geschichtsrevision durch öffentliche Kampagnen: Die Gruppe um Rainer Zitelmann

aus: vorgänge Nr. 132 (Heft 4/1995), S. 98-103

Am 7. April 1995 erscheint auf der dritten Seite der FAZ eine große Anzeige unter dem Titel „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“. Die Initiatoren dieser Anzeige, u.a. Rainer Zitelmann und Klaus Rainer Röhl, ehemals radikale Linke, wählen einen ungewöhnlichen Weg: Sie schreiben keinen Aufsatz, keinen Artikel, keine Glosse, sondern fünf Sätze. Diese kürzelhafte Form zielt nicht auf Reflexion, sondern auf schnelle Identifikation.

Die Kampfpfosition der Anzeige wird deutlicher erkennbar, wirft man einen Blick in das etwa zur gleichen Zeit im Hausverlag der Rechtskonservativen erschienene Buch von Rainer Zitelmann „Wohin treibt unsere Republik?“ [1]. Im Unterschied zu gedankenreichen, sprachlich begabten Konservativen – wie etwa Johannes Gross – lernt man, auch in der Kritik, aus dieser Agitationsschrift nichts, zumal sie in einer bürokratisierten, gegenstandsarmen Sprache geschrieben ist. Dennoch muß man diese Schrift wegen ihrer politischen Wirkung ernst nehmen. Immerhin hat sie auch der frühere Herausgeber der FAZ, Fritz Ullrich Fack, in seiner Zeitung wohlwollend besprochen.

Der Hauptgegner für Zitelmanns Versuch der Revision des Geschichtsverständnisses ist Richard von Weizsäcker und seine bekannte, im Jahre 1985 gehaltene Rede zum 8. Mai 1945. [2] Zitelmann greift diese Rede, die den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom „menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ begreift, frontal an. Den entscheidenden Grund nennt er selber: Er wendet sich gegen den „scheinbar selbst zerknirschte(n), in Wahrheit jedoch stets das eigene Volk und die Geschichte dieses Volkes anklagende(n) Tonfall“ der „Reden Weizsäckers“ [3] - als besäße die deutsche Geschichte angesichts von Buchenwald, Treblinka und Auschwitz eine homogene, positive Gestalt, mit der man sich fraglos identifizieren könne. Die Kritik an der Rede Weizsäckers entspringt einem rüden Nationalismus. Von diesem Ziel bestimmt, sucht Zitelmann die unverstellte Wahrnehmung des nationalsozialistischen Terrorsystems zu verändern, ja zu blockieren. In einem Gemeinschaftsbeitrag hatte er schon von einem „Mangel an Gelassenheit im Umgang mit der NS-Geschichte“ gesprochen - als handle es sich um einen für moralisches Empfinden ungeeigneten Gegenstand. Als verantwortlicher Redakteur der „Welt“ veröffentlicht er eine bemerkenswerte Besprechung des Films „Schindlers Liste“. Ulrich Raulffs berichtet darüber: Zitelmann „ließ ... den früheren Filmer Will Tremper schreiben, der sich über die übertriebene Grausamkeit beschwerte, mit der die SS -Einsätze im Ghetto von Krakau dargestellt seien, und sich dazu auf Heinrich Himmler berief. Den darauf losbrechenden Sturm der Entrüstung, der auch die Redaktion der ‚Welt‘ erfaßte, suchte Zitelmann mit dem Wort zu dämpfen, dies sei ein Aufstand des Schlammes gegen den Berg. [5]

Im einzelnen setzt Zitelmann den von ihm so genannten „Stereotypen der Linken“, [6] die Weizsäcker artikuliere, die Behauptung entgegen, daß der westdeutsche Präsident „die Menschen in der DDR ausklammerte, für die ja der 8. Mai keineswegs Befreiung bedeutete“. Er setzt hinzu, daß „die kommunistischen Widerstandskämpfer für die Ersetzung der nationalsozialistischen durch die stalinistische Diktatur“ kämpften. [7] Als Historiker dürfte Zitelmann wissen, daß die DDR nicht am 8. Mai 1945 gegründet worden ist. Für die Menschen der sowjetischen Besatzungszone hat der 8. Mai keine andere Bedeutung als im Westen, er sprengt endgültig das NS-Mordsystem, dem geschichtlich nichts Vergleichbares folgt. Die Entwicklung zur SED-Diktatur war ein längerer widersprüchlicher Prozeß, dem zunächst gewichtige, zumal sozialistische Gegentendenzen entgegen-wirken, wie sie etwa von der Zeitschrift

„Ost und West“ (1947-1949) von Alfred Kantorowicz oder von Professoren wie Wolfgang Abendroth [8] formiert werden. Die Etablierung der DDR-Diktatur kann nicht in den Kategorien des NS-Mordsyndikats, auf das der Begriff der Befreiung bezogen ist, zureichend erfaßt werden. Denn nach der Einsicht von Hannah Arendt geht die NS-Herrschaft weit über eine Tyrannis hinaus, weil sie die systematische Ermordung von Menschen, die keine politischen Feinde sind, betreibt. [9]

Die Ausgrenzung des kommunistischen Widerstands durch Zitelmann ist im Ergebnis ein Angriff auf den gesamten Widerstand gegen das NS-Regime: Es war die aus Konservativen, Christen und Sozialdemokraten gebildete Gruppe des 20. Juli, die - mit Julius Leber und Adolf Reichwein - am 22. Juni 1944 die Verbindung zur kommunistischen Opposition, zur Saefkow-Jacob-Gruppe, herstellt, um die Front gegen Hitler zu verbreitern.[10] Dies auch von Stauffenberg unterstützte Bündnis-Konzept der Männer des 20. Juli wird von Zitelmann im Nachhinein negiert.

Die Attacke auf die Position Weizsäckers, angetrieben von einem blind machenden Affekt, der sich in der Bemerkung vom „oft nichtssagenden Wortschaum“ [11] der Reden des früheren Bundespräsidenten äußert, ist das Hauptziel der Anzeige zum 8. Mai. Sie übernimmt wesentliche Elemente einer Rede, die Alfred Dregger vor dem Verband Deutscher Soldaten gehalten hat. [11a] Der Text der Anzeige lautet: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem sind.“ Die Paradoxie des 8. Mai, die der erste Bundespräsident unserer Republik, Theodor Heuss, so treffend charakterisierte, tritt zunehmend in den Hintergrund. Einseitig wird der 8. Mai von Medien und Politikern als ‚Befreiung‘ charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, das diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen.“

Der Satz von Theodor Heuss, der durch seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom März 1933 zur Konstituierung der NS-Diktatur selber beigetragen hat und daher für die Frage der Bewertung der Zerschlagung des Regimes ein problematischer Zeuge ist, verfehlt das eigentliche Geschehen des 8. Mai 1945. In schlechter Allgemeinheit wird diesem Tag die „tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns“ zugemessen. Die Nazis in Gesellschaft, Staat und Militär, der Widerstand und die Opfer in den Konzentrations- und Vernichtungslagern saßen wahrlich nicht in einem Boot. Heuss aber spricht Differenzierungslos von „wir“. Diese Fiktion ersetzt den kritischen Gesamtblick auf das Regime. Aus dieser Perspektive aber ergibt sich, daß die Niederlage der Nazi-Diktatur objektiv mit der Befreiung zusammenfällt. Wer Befreiung als einen einseitigen Begriff bezeichnet und ihn - wie die Autoren der Anzeige - relativierend auch noch in Anführungszeichen setzt, hat sich gedanklich vom NS-Regime nicht vollständig gelöst.

Diese Tendenz belegt der nächste Formelsatz, in dem der 8. Mai als Tag des „Beginn(s) von Vertreibungsterror“ bezeichnet wird. Ignatz Bubis hat zu Recht die hierin implizierte Verdrängung der Herrschaftsmechanismen des Dritten Reiches scharf notiert: „Dieser Vertreibungsterror hat ... bereits am 30. Januar 1933 begonnen.[12]. Die Folgen des von Nazi-Deutschland vom Zaun gebrochenen Krieges werden aus dem geschichtlichen Verantwortungszusammenhang gelöst und zu puren Daten, die die Deutschen gleichsam schuldlos treffen, verkehrt. Die Entstehungsgeschichte der Schrecken der Vertreibung, der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und Polen, ohne den die Flüchtlinge ihre Heimat nicht verloren hätten, bleibt ausgeblendet. Unterschlagen wird, daß die Teilung Deutschlands nicht das Ziel der Siegermächte des 8. Mai war. In der Potsdamer Konferenz vom August 1945 wird vielmehr beschlossen, gesamtdeutsche Staatssekretariate für Wirtschaftsfragen einzurichten, um die Einheit Deutschlands zu wahren. Diese Beschlüsse werden von Frankreich, nicht von der Sowjetunion torpediert.

Die Formeln der Anzeige, deren Stoßrichtung darin besteht, den wichtigsten Einschnitt der deutschen

Geschichte, die Beendigung des Systems des Grauens durch die Alliierten, zu relativieren, zielen auf ein anderes Geschichtsbild. Es wird im Wort von der „selbstbewußten Nation“ zusammengefaßt. Das ist die Vokabel für einen neuen Nationalismus, der die Gesamtwirklichkeit des Nationalsozialismus der moralisch angemessenen Wahrnehmung entzieht und die Umverteilung der Schuld zu Lasten der Alliierten betreibt. [12a]

Angesichts des Gehalts der Anzeige zum 8. Mai ist es bemerkenswert, welche Unterstützung sie erfährt. Zu den Unterzeichnern der Anzeige gehören prominente Christdemokraten wie Alfred Dregger und Heinrich Lummer, CSU-Politiker wie der Entwicklungsminister Carl Dietrich Spranger und Peter Gauweiler, einflußreiche Verleger wie Herbert Fleissner und Carl Wilhelm Busse, Journalisten vom rechten Rand wie Caspar von Schrenck-Notzing von „Criticon“ und Dieter Stein von der „Jungen Freiheit“, der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Alfred Arbelt, der Geschichtspräsident Franz W. Seidler und die Professoren der Politikwissenschaft Gerhard Knütter und Klaus Hornung. Auch der frühere sozialdemokratische Verteidigungsminister Hans Apel unterschreibt die Anzeige, zieht seine Unterschrift nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern deshalb zurück, weil er „diese Gesellschaft“ nicht mag.“ [13]

In bestimmten Zeitungen wird die Kampagnenpolitik aufgegriffen. In der FAZ werden die Positionen der Anzeige durch einen nur vier Tage nach ihrer Veröffentlichung erscheinenden Leitartikel verstärkt. Eckhard Fuhr, der in einem späteren Beitrag behauptet, zum guten Teil sei es dem Aufruf zum 8. Mai gelungen, „die politisch-kulturell vorherrschende Linke in ihrer pawlowschen ... Dürftigkeit“ vorzuführen,[14] stellt sich auf den Standpunkt des Heuss-Satzes von der sogenannten Ambivalenz des 8. Mai und verteidigt die Verfasser. [15] Fuhr übernimmt die Thesen der Anzeige. Er macht Front gegen Rita Süßmuth - mit einem Scheinargument. Viele Deutsche hätten die - von Fuhr in Anführungszeichen gesetzte - Schreckensherrschaft „nicht als solche empfunden“. Daher seien sie auch nicht von ihr befreit worden. Die Affirmation des Regimes wird zum Argument gegen den Vorgang der Befreiung gemacht, die Verblendung der Anhänger des NS-Regimes zum Wahrheitskriterium umgefälscht. Dabei ändert das subjektive Bewusstsein der Mitläufer und der Täter nichts an dem Gesamtgeschehen der Befreiung vom nationalsozialistischen Zwangssystem. In dem Leitartikel, der am 50. Jahrestag des 8. Mai erscheint, behält die FAZ - übereinstimmend mit der Anzeige die Position der teilweisen Negation der befreienden Bedeutung des 8. Mai bei. Der Herausgeber Johann Georg Reißmüller schreibt: „Die Deutschen hätten sich damals freudig befreit fühlen müssen und sonst nichts. Wer das verlangt, dem ist das menschliche Maß abhanden gekommen.“[16].

Die Kampagne zur Umdeutung des 8. Mai wird auch von politischen Kräften der CDU und der CSU aufgenommen. Wolfgang Schäuble stellt sich hinter seinen Vorgänger Alfred Dregger und erklärt, daß es gegen den von Dregger unterschriebenen Aufruf nichts einzuwenden gäbe.“ Anders als Rita Süßmuth, die die „Befreiung von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft als das einigende Band ... dieses Jahrestags [18] bezeichnet, schiebt Schäuble die Wahrheitsfrage beiseite. Er erklärt, daß man den Menschen nicht vorschreiben könne, was sie mit diesem Datum für Gefühle zu verbinden haben.“[19]

In die gleiche Kerbe schlägt die CSU, sie verwendet den Aufruf fast wörtlich in ihren Verlautbarungen und beruft sich auf das Wort von Heuss, wir seien zugleich erlöst und vernichtet worden? [20] Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Friedrich sagt, es sei einseitig, wenn der 8. Mai allein als Tag der Befreiung gesehen werde. [21]

Äußerlich betrachtet ist die Kampagne der Gruppe um Zitelmann erfolgreich. Ihr gelingt es, auch bedingt durch viele politische und journalistische Querverbindungen, das konservative bis rechtsradikale Meinungslager um einen Focus zu sammeln. Doch erreicht sie ein wichtiges Ziel nicht. Die geplante Kundgebung, mit der die Initiatoren ihre Kampagne am 7. Mai 1995 in München abschließen wollten, muß abgesagt werden, nachdem Alfred Dregger auf Druck seiner Partei seine Zusage, die Hauptrede zu halten, zurückzieht. Zuvor hat sich Dregger den Einwand von Bubis, daß der Vertreibungsterror nicht erst am 8. Mai 1945, sondern am 30. Januar 1933 begann, zu eigen gemacht.

Die Wirksamkeit der Kampagne zum 8. Mai darf nicht überschätzt werden. Sie erreicht die Mobilisierung der eigenen politischen Kräfte, ihr gelingt es aber nicht, die Meinungsführerschaft zu erringen, weil eine starke Mehrheit der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit den nationalistischen Angriff auf die unverstellte Wahrnehmung der Überwindung der NS-Herrschaft abwehrt und die Frage der Verantwortung für die Praxis des NS-Terrors nicht beiseite schieben läßt. Ein Beispiel ist der Kommentar der „Zeit“ zu der Anzeige: „Der 8. Mai als Beginn deutscher Leiden. Man kennt das von den Verlegern und Autoren, deren Namen unter der Anzeige stehen. Nazi-Tenor, Machtergreifung, Rassenwahn, Auschwitz, was ist das schon, verglichen mit dem, was danach kam? Es ist die immerwährende Melodie vom Gleichgewicht der Schuld. [22]

Umfragen zeigen, daß die Öffentlichkeit gegen rechtskonservative Umdeutungen der deutschen Geschichte des 8. Mai 1945 resistenter ist, als man es angesichts des Lärms der Gruppe um Zitelmann denken sollte. Eine im Auftrag der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im April 1995 durchgeführte Untersuchung ergibt, daß 80 Prozent der Deutschen das Kriegsende eher als Befreiung denn als Niederlage ansieht [23]. Die Tendenz dieses Ergebnisses wird auch vom Institut in Allensbach bestätigt. [24]

Die relative Immunität der politischen Öffentlichkeit gegenüber nationalistischen Meinungskampagnen sollte nicht vergessen machen, daß in zugespitzten Krisen die Durchsetzungsmöglichkeiten der Ideologen des rechten Kartells zunehmen werden, weil sie in Zeiten der Verunsicherung identifikatorische Botschaften erfolgreicher aussenden können. Und auch gegenwärtig sind derartige Kampagnen nur durch eine ideologiekritisch geschärfte Kompetenz zu neutralisieren, die die auf Filzschuhen der Scheinsachlichkeit sich bewegende Gruppe um Zitelmann nüchtern analysiert. Man sollte der Versuchung widerstehen, mit gleicher agitatorischer Münze heimzuzahlen. Das Argument hat eine größere Langzeitwirkung.

Verweise

- 1 R. Zitelmann, *Wohin treibt unsere Republik?*, Frankfurt/M. 1995
- 2 R. v. Weizsäcker, *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 52/1985, S. 441ff.
- 3 R. Zitelmann (Fn. 1), S. 89
- 4 Zit. nach M. Kittel, *Die Legende von der zweiten Schuld*, Frankfurt/M. 1993, S. 11
- 5 FAZ vom 13.4.94
- 6 R. Zitelmann (Fn. 1), S. 86
- 7 Ebd., S. 87
- 8 W. Abendroth, *Die Justizreform in der Sowjetzone Deutschlands*, *Europa Archiv* 1948, S. 1545, Anm. 68
- 9 H. Arendt, *Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft* (1955), Frankfurt/M. 1962, S. 672ff.
- 10 D. Beck, *Julius Leber, Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand*, Berlin 1983, S. 195ff. R. Zitelmann (Fn.1), S. 85
- 11a FR, v. 27.3.93
- 12 FAZ v. 19.4.95
- 12a In dieser Linie liegt die jüngste ideologische Operation von Zitelmann. Er verschaffte seinem geistigen Freund Karlheinz Weißmann, einem jüngeren rechtskonservativen Historiker, die Möglichkeit, den Nationalsozialismus-Band der *Propyläen-Weltgeschichte* zu schreiben. Die renomierten Herausgeber der Reihe, D. Groh, H. und W.J. Mommsen u.a., erklärten, der Verlag habe sich „unter Verletzung des Vertrages mit dem Herausgeber“ für Weißmann entschieden. Der Berichterstatter der FAZ, Michael Jeismann, zitiert aus Weißmanns Buch *„Der Weg in den Abgrund“* diesen Satz: „Aber niemals hat ein Volk so hart für seine Untaten gebüßt, die es beging oder die doch in seinem Namen begangen wurden.“ Jeismann kommentiert: „Von den Völkern, die gar nicht ahnen konnten, wofür sie büßen, ist nicht weiter die Rede.“ FAZ v. 24.11.95, s, auch *Süddeutsche Zeitung* vom 25./26.11.1995
- 13 *Der Spiegel* v. 17.4.95, S. 92
- 14 FAZ v. 25.4.95
- 15 FAZ v. 11.4.95
- 16 FAZ v. 8.5.95

17 FAZ v. 2.5.95
18 Der Spiegel (Fn. 13), S. 92
19 Fn. 17
20 FAZ v. 13.4.95
21 FAZ v. 12.4.95
22 Zeit v. 14.4.95 23 FR v. 29.4.95
24 FAZ v. 25.4.95

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/132-vorgaenge/publikation/08a9689106/>

Abgerufen am: 17.04.2024